

Forsa-Umfrage: Mehr Förderung, bitte!

IVD-Immobilientag 2021: Starker Wunsch nach mehr Förderung von Wohneigentum in allen Wählergruppen

Fast drei Viertel (73 Prozent) aller Mieter in Deutschland würden gerne in einer eigenen Immobilie wohnen. Der Traum vom Eigenheim ist besonders bei den 18- bis 29-Jährigen ausgeprägt. In dieser Altersgruppe wünschen sich 95 Prozent eine Eigentumswohnung oder ein Einfamilienhaus. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Forsa-Umfrage, die heute auf dem Deutschen Immobilientag vorgestellt wurde.

Zwei Drittel (69 Prozent) aller Befragten meinen, der Staat sollte mehr als bislang tun, um den Erwerb von Wohneigentum zu fördern. Auffällig dabei ist, dass die Forderung nach mehr staatlicher Förderung in allen Wählergruppen stark ausgeprägt ist. Bei Anhängern der FDP (72 Prozent), SPD, Linke und AfD (jeweils 71 Prozent) ist der Wunsch am größten. 67 Prozent der CDU/CSU- und 65 Prozent der Grüne-Wähler sprechen sich für ein größeres Engagement der Politik in Sachen Wohneigentumsförderung aus.

Von denjenigen, die eine staatliche Förderung des Erwerbs von Wohneigentum befürworten, meint rund die Hälfte, dass die Grunderwerbssteuer für Selbstnutzer wegfallen (53 Prozent) oder es für Wohneigentum steuerliche Begünstigungen geben (51 Prozent) sollte. 39 Prozent sind für eine Wiedereinführung der Eigenheimzulage, 25 Prozent wünschen sich stär-

kere Unterstützung der Immobilienkäufer beim Eigenkapital und 23 Prozent sind für eine Erhöhung des Baukindergeldes.

„In den Wahlprogrammen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke spielt die Förderung von Wohneigentum keine Rolle. Die Wohnungsprogramme der drei Parteien sehen indes nur weitere Regulierungen und Verbote vor. Das entspricht aber nicht dem überwiegenden Willen ihrer Wähler. Statt zur Spaltung der Gesellschaft aufzurufen, sollte die Politik gemeinsam mit der Gesellschaft und Wirtschaft für mehr Wohnraum sorgen – und zwar in allen Facetten, ebenso zur Miete wie als Wohneigentum“, sagt der Präsident des Immobilienverbandes Deutschland IVD, Jürgen Michael Schick.

Klimaschutz: Weitere öffentliche Förderung nötig

Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung aufgefordert, ihre Klimaschutzmaßnahmen für die Zeit nach 2030 zu konkretisieren. Das bisherige Klimaschutzgesetz ist in weiten Teilen mit der Verfassung unvereinbar. Das Bundeskabinett will heute den überarbeiteten Gesetzentwurf beschließen. Demnach soll Deutschland spätestens 2045 – fünf Jahre früher als geplant – klimaneutral sein. Dazu Jürgen Michael Schick, Präsident des Immobilienverbandes Deutschland IVD:



„Wir wissen um die Verantwortung des Immobilienmarktes bei der Erfüllung der neuen Klimaziele. Es ist unbestritten, dass im Gebäudesektor viel Energie benötigt wird. Der Druck aus Karlsruhe darf jetzt aber nicht dazu führen, dass in seiner Folge ein milliarden-schwerer Sanierungszwang eingeführt wird, den niemand schultern kann. Deshalb sind angesichts des Nutzer-Investor-Dilemmas weitere staatliche Hilfen und Förderungen für Bestand und Neubau nötig, um die Klimaziele zu erreichen. Ohne massive öffentliche Förderungen können Mieter und Vermieter die künftigen Milliardeninvestitionen nicht tragen.“

Mieter dürfen nicht überfordert werden. Das gilt aber auch für Vermieter. Modernisierungen müssen wirtschaftlich bleiben. Das

Wirtschaftlichkeitsgebot ist und bleibt die rote Linie, die von der Politik niemals übertreten werden darf. Es hilft nichts: Es müssen noch mehr Fördermittel für die Bestandssanierung bereitgestellt werden. Das gilt sowohl für den selbstgenutzten, als auch für den vermieteten Bestand.

Sehr teure Klimaschutzmaßnahmen können nur erbracht werden, wenn Mietentwicklungen nicht komplett politisch gekappt werden, wie das beispielsweise durch die stetige Verlängerung bei den Betrachtungszeiträumen für Mietspiegel oder die Einschränkungen bei Modernisierungsmietererhöhungen geschieht.“

(Quelle: IVD, pixabay.com/Capri23auto)



Beratungs-, Planungs- u. Sachverständigenbüro

Axel Baumann

Feuchte Schimmel Schadstoffe Wertermittlung Baubiologie

- Immobilienwert-ermittlung
- Schadstoffuntersuchung
- Immobilien Check
- Luftdichtungsprüfung
- Feuchte und Schimmelpilzanalyse
- Thermografie
- Baubiologische Planung



Axel Baumann
 Werner-Heisenberg-Str. 10 • 64823 Groß-Umstadt
 Telefon: 0 60 78 / 75 90 61 • Telefax: 0 60 78 / 7 47 25
 info@axel-baumann.com • www.axel-baumann.com

Gute Zeiten für Ihre Immobilie.



Verkaufen & Vermieten

mit Zuverlässigkeit und Engagement.

06150-1860995

kontakt@schard-immobilien.de



Marcus Schard
 (Immobilienmakler IHK) 

www.schard-immobilien.de

WWW.HAEUSERMAGAZIN.DE

HÄUSERMAGAZIN 07/08.2021 | 9